

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Florian Toncar, Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Michael Georg Link, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– 19/22850, 19/23551, 19/23839 Nr. 7, 19/25160 –**

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2020 (Jahressteuergesetz 2020 – JStG 2020)

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das Einkommensteuergesetz in der aktuellen Fassung wie folgt zu ändern:

§ 9 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 4 Satz 2 wird die Angabe „0,30“ durch die Angabe „0,37“ und die Angabe „4 500“ durch die Angabe „5 500“ ersetzt.
- b) In Nummer 5 Satz 6 wird die Angabe „0,30“ durch die Angabe „0,37“ ersetzt.

Berlin, den 15. Dezember 2020

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Die Entfernungspauschale wurde seit 2004 nicht mehr vom Gesetzgeber angehoben. Sie bildet nicht mehr die wirklichen Kosten der Pendler ab: Seither sind die Benzinpreise um knapp ein Viertel, die Preise für Bahnfahrkarten um mehr als die Hälfte und das allgemeine Preisniveau um gut ein Fünftel gestiegen, wie Daten der Statista GmbH und des Fahrgastverbands Pro Bahn e. V. zeigen. Gleichzeitig pendeln immer mehr Menschen immer weitere Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Dieser Trend wird durch die gestiegene Vielfältigkeit familiären und partnerschaftlichen Zusammenlebens in unserer Gesellschaft und die ebenfalls stark steigenden Immobilienpreise in Ballungsräumen zusätzlich verstärkt.

Zum Sozialstaat gehört das Prinzip, die Leistungen auch an die Inflation anzupassen. Zum Steuerstaat sollte umgekehrt der Grundsatz gehören, dass das Nettoprinzip nicht durch die Inflation ausgehebelt wird. Die schleichende Verringerung der Entfernungspauschale wirkt sich negativ auf alle Verkehrsmittel aus – ob Auto, Bahn oder Fahrrad.

Eine maßvolle, inflationsausgleichende Erhöhung der Entfernungspauschale trägt diesen Entwicklungen Rechnung. Mobilität muss bezahlbar bleiben.